

Die Teuerungszulage für Beamte und Angestellte.

In der nächsten Sitzung wird unsere Bürgerschaft den Antrag des Senats auf Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an die Beamten und Angestellten beschließen. Wir erhalten dazu aus interessierten Kreisen folgende Zuschrift:

Während wenige in dieser Zeit ungeheure Gewinne einfädeln, leiden die meisten Menschen aller Stände unter der herrschenden Teuerung sehr. Manchen (z. B. den Angestellten vieler Banken und Großbetriebe) ist die Lage durch Gewährung von teils recht nennenswerten Zulagen zu ihrem Gehalt erleichtert, manche sind aber im Gegenteil in ihren Bezügen wesentlich beschnitten worden. Während die Lage der einfachen Arbeiter und Handwerker sich nach und nach recht gebessert hat, leiden doch andere Stände (z. B. viele Kaufleute und überhaupt der sog. Mittelstand) schwer unter den herrschenden Verhältnissen. Das ist höchst bedauerlich, und die organisierte Hilfe reicht gewiß nicht in alle Kreise. Ungerecht aber wäre es, darum auch die Beamten und Angestellten des Staats ohne Hilfe zu lassen, denn sie sind nun einmal des Staats. Das ideale Dienstverhältnis schließt sie in normalen Zeiten vom freien Wettbewerb und vollem Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung aus, während es ihnen im umgekehrten Fall gewisse Sicherheiten bieten muß.